

schreiben“. Stelle sich später heraus, dass ein Bewerber „unwahre Angaben“ zu seinen Überzeugungen gemacht habe, könne dies „auch noch nach Jahren zur Rücknahme der Einbürgerung führen“.

Verfassungsrechtler Mahrenholz bezweifelt dies. Rechts Anliegen, Einbürgerungsbewerber auf Grundgesetztreue zu überprüfen, sei zwar berechtigt, der Fragebogen aber sei es nicht. Warum, beweise ganz einfach ein „Praxistest mit deutschen Nichtabiturienten. Über die Ergebnisse würde man staunen“. Wie etwa denkt der deutsche Stammtisch darüber, dass in Deutschland Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden? Oder eine Schwarzafrikanerin einen Job bekommt statt der eigenen Tochter? Oder Ehefrauen ihrem Gatten gehorsam sein müssen?

Die Antworten würden sich in gewissen Kreisen nicht allzu sehr von denen konservativer Muslime unterscheiden. Doch allein Muslime, so klagt Riad Ghalaini vom Zentralrat der Muslime in Baden-Württemberg, stünden unter Generalverdacht. Sogar für die Psychologin und SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün, engagierte Kritikerin einer allzu toleranten Multikulti-Ideologie, kommt der „Fragebogen aus Absurdistan“.

Hinzu kommen die praktischen Probleme bei der Umsetzung. Wie kompliziert die Gesinnungsprüfung einbürgerungswilliger Muslime wird, schwant Christiane Kruse-Michalowski, Chefin der Mannheimer Ausländerbehörde. „Für die Bewertung solcher Gespräche braucht man viel Sensibilität, das kann man nicht schematisch machen“, sagt sie. Es sei „fraglich, ob jeder Sachbearbeiter in der Lage ist, die Ergebnisse richtig zu bewerten“. Viele Städte, darunter Stuttgart und Heidelberg, wollen überhaupt erst Ende des Monats mit den Tests beginnen.

Auf Unterstützung seines Projekts wartet Rech bislang vergebens. Baden-Württembergs Justizminister Ulrich Goll (FDP), will die Frageaktion nicht allein auf Muslime beschränkt wissen und „über die Sinnhaftigkeit der ein oder anderen Frage sprechen“. Der wahlkämpfende Ministerpräsident Günther Oettinger schweigt ganz.

Nicht eines der Unionsländer will den Gesinnungs-TÜV übernehmen. In Hessen hält man das Vorgehen der Stuttgarter für wenig zielführend, selbst Bayerns CSU-Hardliner Günther Beckstein setzt lieber auf die bewährten Regelanfragen beim Verfassungsschutz. Sogar Berlin geht voll in Deckung. Nur dem Vize der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, ist ein Kommentar zum Thema zu entlocken: Er kann nicht nachvollziehen, wie die Antwort auf die Frage, ob Mädchen am Schwimmunterricht teilnehmen sollen, über die Verfassungstreue Auskunft geben soll.

MATTHIAS BARTSCH, CAROLINE SCHMIDT, ANDREAS WASSERMANN

SICHERHEIT

Tod aus Spaß

Mit echt aussehenden Spielzeugwaffen sorgen Jugendliche für Panik – die Polizei fürchtet tödliche Missverständnisse.



TORSTEN SILZ / DDP

Softair-Pistole (o.), Original: „Perveres Angebot“

Die Meldung alarmierte die Polizisten augenblicklich. Ein Anrufer berichtete, dass auf dem Schulhof des Gymnasiums Adolfinum in Moers ein Mann mit einer Pistole herumfuchtete. Sofort rückten zehn Beamte aus, die Bilder von Erfurt und Columbine vor Augen. Als das Team eintraf, richtete der potentielle Amokläufer seine Waffe auf eine 24-jährige Polizistin.

Die junge Frau feuerte zwei Warnschüsse ab – und schoss dem 52-Jährigen dann gezielt in den Oberschenkel. Als sie dem außer Gefecht Gesetzten die Waffe entriß, wunderte sie sich sofort über das Gewicht: Die Pistole war viel zu leicht.

Der psychisch gestörte Mann hatte mit einer sogenannten Softair-Pistole hantiert, einer Spielzeugwaffe, die Plastik Kügelchen verschießt. Das Problem dabei: Diese Waffen sehen neuerdings so täuschend echt aus, dass selbst versierte Waffenexperten wie Wolfgang Dicke von der Gewerkschaft der Polizei „beim bloßen Anblick keinerlei Unterschiede mehr zu echten Pistolen oder Gewehren erkennen“ können.

Für Beamte im Einsatz werden solche Softair-Knarren zunehmend zum Horror. Denn Vorfälle wie der vom November in Moers könnten sich „jeden Tag“ wiederholen, glaubt Dicke.

Allein in den Tagen vor Silvester gingen bei der Polizei etliche Meldungen von Bür-

gern ein, die Kinder mit vermeintlichen Sturmgewehren und Maschinenpistolen gesichtet hatten.

In Köln und Dortmund versetzten Nachwuchs-Rambos mit ihren frisch vom Christkind eingetroffenen Kriegswaffenkopien die Nachbarschaft in Panik. In Braunschweig überfielen zwei Buben mit Softair-Gewehren ein Grilllokal. „Aus Spaß“, gestanden sie reuig der Polizei. In Recklinghausen überwältigte ein Sondereinsatzkommando zwei junge Männer auf einer Straßenkreuzung. Ein Passant hatte sie beim Hantieren mit einer vermeintlichen Maschinenpistole beobachtet. Und in Ingolstadt wurde ein Kriminalbeamter von einem Gymnasiasten aus einer täuschend echt aussehenden Softair-Waffe beschossen.

Die Innenminister der Länder drängen seit Monaten darauf, dass Softair-Waffen nicht mehr in der Öffentlichkeit mitgeführt werden dürfen. Weil das jedoch gegen europäische Spielzeugrichtlinien verstoßen würde, tut sich der Bund schwer. Um „Handelshemmnisse“ für ausländische Produzenten abzubauen, musste das Bundeskriminalamt die für Softair-Gewehre zulässige Geschossenergie von 0,08 auf 0,5 Joule erhöhen – nun lässt sich damit auf fünf Meter Entfernung eine CD-Hülle glatt durchschießen.

Das Hauptproblem aber ist hausgemacht. Mit dem neuen Waffengesetz von 2002 entfiel der „Anscheinsparagraf“, der verbot, optisch exakte Kopien von Kriegswaffen in den freien Verkauf zu bringen. Bald boten Waffen- und Spielzeughändler Nachbauten von Kalaschnikows, Uzis und anderen automatischen Waffen an. Das Interesse war gewaltig.

Von einem „Boom bei Spielzeug- und Softair-Waffen im Militarylook“ spricht das Bundesinnenministerium und beklagt den „grobe Unfug“, der damit getrieben wird. „Wir haben die Nachfrage unterschätzt“, klagt der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch (SPD).

Ein großer Teil der Softair-Waffen wird über martialisch aufgemachte Online-Shops vertrieben. Blondinen in knappen Armee-Shirts preisen Dauerfeuer-MPs an und werben für Schlachten „auch außerhalb des befriedeten Besitztums“. Ein Händler, der sich an Kinder ab drei Jahren wendet, wirbt mit Kalaschnikows, die „echt Freude“ machen. Ein anderer, der die Nachwuchs-Terminatoren ab 14 bedient, bietet Granatwerfernachbildungen an.

Wegen des „völlig perversen Angebots“, sagt Polizeigewerkschafter Dicke, sei es „wohl nur noch eine Frage der Zeit“, bis ein Polizist auf eine Fake-Waffe hereinfalle – und vor lauter Verwirrung einen Minderjährigen erschieße. GUIDO KLEINHUBBERT